

Die Jugendpolizei in der BRD – ein weiterer Schritt zur „gesellschaftssanitären“ Polizei

Torsten Schwinghammer
Institut für Soziologie, Universität Hamburg

In diesem Aufsatz wird ein Aspekt der Kritik an dem Jugendpolizei-Modell diskutiert, der in der bisherigen Auseinandersetzung weitgehend vernachlässigt wurde: die polizeiliche Durchdringung und Beeinflussung eines weiteren, sehr wichtigen gesellschaftlichen Alltagsbereiches – der Lebenswelt der Jugendlichen. Der Jugendpolizist bedient sich dazu zum einen einer Reihe vertrauensbildender Maßnahmen und zum anderen der Datensammelei. Wenn es nicht gelingt, die Polizei zur Rücknahme dieses Modells zu zwingen, wird ein weiteres Mal die Möglichkeit, die Gesellschaft von unten her zu verändern, um ein gutes Stück beschnitten.

In den letzten Jahren ist eine Fülle von Veröffentlichungen erschienen, die sich mit den Auswirkungen des Jugendpolizeikonzeptes aus sozialpädagogischer Sicht auseinandersetzen. Kritisiert wurde vor allem:

- Das Vertrauensverhältnis zwischen Jugendlichen und Sozialpädagogen wird darunter leiden.
 - Die Jugendlichen werden die Jugendstätten meiden.
 - Der Jugendpolizist steht unter einem Strafverfolgungszwang, was seinen möglichen pädagogischen Intentionen entgegensteht.
 - Die Zahl der inhaftierten Jugendlichen wird zunehmen.
 - Prävention ist vor allem eine politische und sozialpädagogische Aufgabe. (Vgl. u. a. Arbeitskreis Soziale Gruppenarbeit Stuttgart, Breithaupt 1977, Crummenerl 1979, Hirsch 1979 und die Zusammenfassung bei Mekelburg 1979, S. 205 f.)
- Nur gelegentlich fiel der Hinweis darauf, daß die Polizei mit dem Jugendpolizisten weit mehr anstrebt: die Durchdringung und Beeinflussung eines weiteren gesellschaftlichen Lebensbereiches. Auf diesen Aspekt will ich mich im folgenden beschränken.¹

1. Der Jugendpolizist als Bestandteil eines umfassenden Präventionsgedankens

Der „Jugendpolizist“ wird von offizieller Seite gemeinhin mit der Notwendigkeit begründet, präventive Maßnahmen gegen die Jugendkriminalität zu ergreifen. Daß die Polizei unter Prävention jedoch nicht nur die Verhinderung von Delikten wie Diebstahl, Raub, Körperverletzung usw. ver-

steht, sondern darüber hinausgehend die Beeinflussung des gesellschaftlichen Lebens, läßt sich leicht anhand von Aussagen polizeilicher Führungskräfte dokumentieren. So schrieb z. B. Stümper als baden-württembergischer Landespolizeipräsident:

„Heute ist neben dem früheren . . . polizeilichen Auftrag ein durchgreifender, insoweit völlig neu gerichteter Generalauftrag hervorgetreten, nämlich die innere Sicherheit und die innere Ordnung eines Staates als solche aufrechtzuerhalten. Der polizeiliche Auftrag hat für den Staat einen regelrecht existentiellen Stellenwert bekommen“ (Stümper 1979, S. 254).

Herold, der einen radikalen geistigen Neubeginn der Polizei in Richtung auf eine „gleichsam gesellschaftssanitäre“ Einrichtung forderte (Herold 1973, S. 187), sieht in dem Populärer-Werden des Präventionsgedankens in Polizeikreisen einen bedeutenden Umbruch:

„Die Hinwendung und Öffnung des Polizeibegriffes auch zu einem sozialgestalterischen Inhalt, der bisher doch strikt geleugnet wurde. Wie in einem Hohlspiegel reflektiert insbesondere das hier vorgestellte Berliner Modell die neuen Elemente des Polizeibegriffes der Unterstützung und Beratung anderer staatlicher sozialer Institutionen für Umwelt, Gesundheit, Familie, Jugend, Fürsorge, Wohnung oder soziale Hilfe sowie der Öffnung zu allen Wissenschaften, die sich im weitesten Sinne mit der Gesellschaft und dem Menschen befassen, mit der Verpflichtung und dem Ziel, unter ständiger polizeilicher Erkenntnislieferung ein ressort- und disziplinübergreifendes Präventionssystem zu schaffen, das Probleme ortet, *bevor* sie zutage treten, erst recht, bevor sie bedrohlich werden. So gesehen und so verstanden, sollte die gesellschaftssanitäre Bedeutung der Polizei neben ihrer selbstverständlichen, von niemand geleugneten und vielleicht sogar primären Vollzugsrolle nunmehr außerhalb des Streites stehen“ (Herold 1976, S. 187).

Ausgangspunkt der beiden zitierten Überlegungen ist die Angst vor kommenden, radikalen Gesellschaftsveränderungen, denen sie mit der neuen Strategie zu begegnen versuchen:

„Es steht für mich außer Zweifel, daß wir noch kritischeren Zeiten entgegengehen. Teilweise haben wir in bestimmten Bereichen und in bestimmten Stadien ganz begrenzte Anzeichen einer prärevolutionären Zeit. Es besteht jedoch keinerlei Grund, ängstlich zu resignieren, da wir die Dinge voll in die Hand bekommen können“ (Stümper 1975, S. 370).

Einen ähnlichen Standpunkt bezieht Herold:

„Terrorismus ist eine eruptive, jähe und stets planlose Zwischenphase im gesellschaftlichen Veränderungsprozeß. Wo er jemals aufgetreten ist . . . sind ihm unmittelbare Umbrüche des geistigen, ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens gefolgt.“ Mit der objektiven Betrachtungsweise des 'Terrorismus' „dringt der Blick hinter die Oberfläche der Erscheinung zur Prognose des noch werdenden vor. Erst dadurch lassen sich Strategien und Taktiken entwickeln, künftige Gefahren

aufzufangen“ (Herold 1979, S. 10, vgl. ähnlich Stümper 1977, S. 315).

Die Jugendlichen nehmen innerhalb der geschilderten Denkweise nicht nur entsprechend dem Motto „Die Jugendlichen von heute sind die Erwachsenen von morgen“ einen besonderen Stellenwert ein, sondern weil von ihnen auch potentiell die stärkste Bedrohung des gesellschaftlichen Ist-Zustandes ausgeht:

„Die Jugend spürt die Kluft zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit, zwischen den nominellen Leitideen und ihrer tatsächlichen Verwirklichung, zwischen dem gigantischen technischen und technologischen Fortschritt und der gesellschaftlichen Beherrschung, zwischen Kapital und Arbeit. Noch ist ihr Protest diffus, noch nicht zu konkreten Zielen verdichtet, mehr radikal als rational. Aber er ist Ausdruck objektiver historischer Gesetzmäßigkeiten, die auf Aufhebung der gesellschaftlichen Widersprüche drängen, er ist Anzeichen bevorstehender tiefgreifender Veränderungen im Ausmaß einer Zeitenwende“ (Herold 1973, S. 16).

Stümper stellt bei der jungen Generation eine „Desorientierung durch Werteverfall, damit einhergehende Sinnentwertung des Lebens und dadurch wieder weitgehend bedingte Frustrierung unserer Jugend“ sowie eine „Gewaltdisponiertheit der Jugendlichen“ fest (Stümper 1979, S. 255).

Die Strategie, die die Polizei einschlägt, um diesen Entwicklungen bei den Jugendlichen entgegenzusteuern, ist eine doppelte. Zum einen versucht sie, Datenmaterial über Personen und Örtlichkeiten zu gewinnen, um die gefürchteten Krisensituationen rechtzeitig erkennen und sich dagegen verhalten zu können, also um die Kontrollmöglichkeiten auszudehnen. Zum anderen bemüht sich die Jugendpolizei, zu den Jugendlichen ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Dieses – ebenfalls unter dem Blickwinkel der Kontrolle zu sehen – mit dem Ziel, eine positive Einstellung zur Polizei und zum Staat zu fördern, denn: „Eine Grundbedingung polizeilicher Effizienz ist das Vertrauen der Bürger zur Polizei“ (Schwarz 1975, S. 5). Außerdem gelingt es ihr nur über dieses Vertrauensverhältnis, ihre Theorien bezüglich dessen, was in dieser Gesellschaft erlaubt ist, zu verbreiten sowie an einen Teil der gewünschten Daten heranzukommen.²

2. Die Jugendpolizei-Modelle in der BRD³

Gemeinsames Merkmal aller Konzepte ist das Vorhandensein einer schutz- und einer kriminalpolizeilichen Ebene. Bei den Kriminalkommissariaten, Polizeidirektionen oder ähnlichem wurden spezielle Jugendkommissariate/-dezernate gebildet, die fast alle Fälle, in die Jugendliche verwickelt sind, unabhängig von der Art der Straftat bearbeiten und

die gesammelten Daten zentral aufarbeiten. Die eigentlichen Unterschiede liegen auf der Ebene der Schutzpolizei, den an der „Basis“ arbeitenden Jugendpolizisten: zum einem im Alter der Jugendpolizisten (z. B. in Frankfurt sollten sie 22–35 Jahre alt sein, in Köln befinden sie sich im 5. Lebensjahrzehnt), zum zweiten in ihrem Aufgabenbereich (z. B. sind sie in München und in Baden-Württemberg nur für Jugendliche zuständig, in Köln teils gleichzeitig Kontaktbereichsbeamte) und zum dritten in ihrer Kleidung (z. B. in Frankfurt sollten sie in Zivil auftreten, in München ebenso, in Köln in Uniform und in Baden-Württemberg ist es ihnen freigestellt). Gemeinsames Kennzeichen der unterschiedlichen Jugendpolizisten ist aber ihr Auftrag: bestimmte Örtlichkeiten regelmäßig aufzusuchen, zu Jugendlichen Kontakt aufzunehmen und Informationen zu sammeln.

3. Die Vorgehensweise der Jugendpolizisten

Wie die vertrauensbildenden Maßnahmen der Jugendpolizei aussehen können, soll ausführlicher am Beispiel Bremens geschildert werden. Dort gibt es zwar keine Jugendpolizisten, die sich hauptsächlich in Diskotheken, Jugendtreffs usw. bewegen, aber die Beamten der Dienststelle „Verkehrserziehung, Jugendschutz und Öffentlichkeitsarbeit“ (VE/JÖ) nehmen viele der Aufgaben eines Jugendpolizisten wahr.⁴ Zudem bildet der Artikel der beiden Bremer Polizeibeamten Lünen und Schmidt eine gute Veranschaulichung der Arbeitsmethoden, dem „erzieherischen Jugendschutz“. Die Sympathiewerbung beginnt in Bremen schon im Vorschulalter:

„Hier wird versucht, ausgerichtet an der Gesamtkonzeption, ein Vertrauensverhältnis zwischen dem Kind und der Polizei aufzubauen, das bei späteren Begegnungen weiter gefestigt und primär die Grundlage für eine erfolgreiche polizeiliche Jugendschutztätigkeit werden soll.“ (Lünen/Schmidt 1976, S. 161).

Kommt das Kind in die Schule, so wird es auch hier weiter betreut. Bis zum 6. Schuljahr steht die Verkehrserziehung im Vordergrund, danach auch Fragen des „Jugendschutzes“. Dabei diskutieren die Polizisten mit den Jugendlichen über „alle Fragen, vom ‘Hasch‘ bis zum ‘polizeilichen Großeinsatz‘, von der ‘Kontrolle eines Verkehrssünders‘ bis zur Einordnung der Polizei in das Gesellschaftssystem““ (Lünen/Schmidt 1976, S. 162). Der Polizeibeamte sucht dabei auch den guten Kontakt zu den Pädagogen, „die bei späteren gezielten Jugendschutzarbeiten erfahrungsgemäß von großem Nutzen sind“ (ebd.).

„Die im Vorschul- und Schulbereich geschaffenen Kontakte mit den heranwachsenden Jugendlichen werden im außerschulischen Bereich in den Jugendgruppen fortgesetzt. . . . Das sieht im Einzelfall so aus, daß die staatlichen Jugendfreizeitheime, die Jugendtreffs der

Kirchengemeinden oder Wohlfahrtsverbände und sonstige bekannte Jugendclubs durch Beamte der Dienststelle VE/JÖ aufgesucht und Freizeitangebote unterbreitet werden. . . . Neben der Möglichkeit, z. B. polizeitechnische Einrichtungen zu besichtigen, Film- und Diskussionsabenden beizuwohnen u. a., wird vor allen Dingen das Kursangebot zur Vorbereitung auf den Erwerb einer Fahrerlaubnis der Klasse 4 oder 5 von den Jugendlichen gern angenommen. . . . Hier liegt nach den vorliegenden Erfahrungen, ein erheblicher Anreiz für junge Menschen, sich den Jugendclubs anzuschließen, die ein derartiges polizeiliches Programm anzubieten haben“ (ebd.).

In anderen Städten läuft die Sympathiewerbung noch nicht so systematisch wie in Bremen. Doch auch hier geben sich die Jugendpolizisten „redliche“ Mühe. In Frankfurt sollte der Jugendpolizist in Häusern der Jugend als Referent für Fachvorträge z. B. über Bau- und Betriebsvorschriften für Kleinkraftfräder, Drogenmißbrauch und Waffenrecht auftreten (Frankfurter Rundschau, 15.12.76, S. 15). In München trifft er sich mit Jugendlichen zu Kegelabenden und in Diskotheken, führt Motorrad-Ralleys durch und erteilt Judo-Unterricht (Der Spiegel, 13.12.76, S. 72). Im Jugendhaus Hausen (Stuttgart) umwarb ein Jugendpolizist die Jugendlichen nach einem Bericht eines Sozialarbeiters so: „Als es ihm zu warm wurde, zog er seine Jacke aus. Wir sahen seine Pistole. Die 13- bis 15jährigen interessierten sich dafür – und er lud sie auf einen Polizeischießstand ein“ (Stuttgarter Zeitung, 31.1.79).

Eine weitere Möglichkeit der Jugendpolizei, das Vertrauen der Jugendlichen zu gewinnen, ist die Gründung von Jugendclubs. Schrieb Hünecke noch 1966, daß die Durchführung von Polizeijugendclubs in der BRD wegen der oppositionellen Einstellung der Bevölkerung nicht möglich sei (vgl. Hünecke 1966, S. 81), so liegen laut Polizeimeinung inzwischen positive Erfahrungen in Mannheim mit einem derartigen Club vor, der Freizeitangebote für Jugendliche anbietet. Personell organisiert wird dieser Club von Freiwilligen der Polizei in ihrer Freizeit, wobei die Stadt Mannheim Räume und Sachmittel zur Verfügung stellt. Die Jugendlichen dürfen an Funkstreifenfahrten und an Fahrten der Wasserschutzpolizei teilnehmen, auf Polizeipferden reiten und auf selbstgebastelten Motorfahrgestellen auf einem eigenen Platz fahren (vgl. Wehner-Davin 1975, S. 218 f.). Seitens der „Jungen Gruppe“ der Gewerkschaft der Polizei laufen Bemühungen, Polizeijugendclubs im gesamten Bundesgebiet einzuführen (vgl. Wehner-Davin 1975, S. 219). Auch Stümper empfiehlt deren Einführung: Ein Jugendclub „ermöglicht ein unmittelbares Vermenschlichen der Beziehungen junger aggressiver Personen zu dem sonst so anonymen, ‘autoritären’ und ‘sturen’ Staat“ (Stümper 1978, S. 106).

Neben den vertrauensbildenden Maßnahmen wurde die Sammlung von Daten als wichtiger Bestandteil des Jugend-

polizeikonzeptes bereits erwähnt. Die Daten sollen vor allem in den sogenannten kriminogenen Örtlichkeiten gewonnen werden. Was darunter zu verstehen ist, läßt sich dem Jahresbericht des 2. (Jugend-)Kommissariats von Mülheim vom 10.3.1978 entnehmen (abgedruckt in Arbeitsmaterialien, S. 6 f.). Dort werden kriminogene Örtlichkeiten definiert: „Discotheken, Gaststätten, Aufenthaltsräume von Jugendgruppen, erkannte Treffpunkte von Jugendlichen, Heime der offenen bzw. teiloffenen Tür, Grünanlagen u.ä.“ Gesammelt werden Daten von den an der „Basis“ tätigen Jugendpolizisten. Von dort gelangen sie zu den erwähnten Jugendkommissariaten/-dezernaten, wo sie mit den Daten aus den hier bearbeiteten Fällen zentral zusammengestellt und ausgewertet werden. Dies soll am Beispiel Nordrhein-Westfalens und speziell Kölns, wo dieses Modell wohl am weitesten fortentwickelt wurde, aufgezeigt werden: Der Rund-Erlaß des Nordrhein-Westfälischen Innenministers vom 3.2.1978 (abgedruckt in Arbeitsmaterialien, S.5) schreibt vor, beim Landeskriminalamt eine „zentrale Jugendschutzdatei“ einzurichten. In dieser sollen Hinweise auf Unterlagen über „tatverdächtige strafunmündige Minderjährige“ (bis 14 Jahre) und „gefährdete Minderjährige“ (bis 18 Jahre) gespeichert werden. Diese Unterlagen selbst werden bei den für Jugendsachen zuständigen Kriminalkommissariaten, die mit diesem Erlaß eingerichtet wurden, geführt. Die Informationen wieder stammen vom größten Teil von den in den Kreispolizeibehörden für den Jugendschutz zuständigen Beamten. Dort werden auch Unterlagen über Orte angelegt, „an denen Kindern und Jugendlichen besondere Gefahren drohen und die daher überwacht werden müssen“. Nach der oben beschriebenen polizeilichen Definition kriminogener Örtlichkeiten sind dies alle Orte, an denen sich Jugendliche aufhalten.

In dem Erlaß des Kölner Polizeipräsidenten Hosse vom 6.7.1978 (abgedruckt in Arbeitsmaterialien, S.8-10) wird der Vorgang der Datensammlung für Köln präzisiert. Die Bezirksbeamten (=Kontaktbereichsbeamten) sollen die „kriminogenen Örtlichkeiten“ beobachten und Informationen an den Jugendbeamten, zu dessen Schutzbereich ihre Bezirke gehören, weitergeben. Der Jugendbeamte wiederum soll alle Berichte von den Bezirksbeamten seines Schutzbereiches sammeln und diese an das Jugendkommissariat weitergeben. Im Jugendkommissariat wird eine Jugendkartei – seit neuestem Jugendschutzkartei genannt – geführt, in der jedes Kind und jeder Jugendlicher, „die als Beschuldigte und Gefährdete bei der Kriminalpolizei in Erscheinung treten“, ihren Platz erhalten.

In München werden die Informationen der 72 Jugendpolizisten auf den Inspektionen und bei der zentralen Nach-

richtensammel-, Auswertungs- und Informationsstelle des Kriminalkommissariats 132 gespeichert und ausgewertet (vgl. Die Tageszeitung, 17.5.79, S.6). In Berlin haben die 60 Jugendpolizisten u.a. die Aufgabe, Demonstrationen zu überwachen, die Rauschgiftszene zu kontrollieren, zu Jugendlichen in Kneipen und Jugendclubs Kontakt aufzunehmen und Wohngemeinschaften zu überwachen (vgl. Sozialarbeiter 1977, S.52). In Frankfurt sollte in jedem Stadtrevier ein Jugendpolizist eingesetzt werden, „mit 'Orts- und Milieukenntnissen', der angewiesen ist, ein zentrales Jugendkommissariat ständig über 'Bewegung im Bereich der Jugend-szene (z.B. Bandenbildung, kriminelle Aktivität, Entstehung jugendgefährdender Orte)' zu informieren“ (Spiegel 19.12.1976, S. 70).

4. Zur Reaktion auf die Jugendpolizei

Eine Kritik an der Jugendpolizei, die lediglich die Frage thematisiert, ob Sozialpädagogen/-innen oder Polizisten der Jugendkriminalität besser begegnen können, ohne dabei die sich abzeichnende Polizeientwicklung hin zur Prävention mitzuberücksichtigen, wird sich letztlich in der Diskussion dieser Frage verfangen, ohne zu der dahinterstehenden polizeilichen Strategie vorzustoßen. Zwar gibt es in der BRD von seiten der Polizei noch keine einheitliche, verbindlich formulierte Präventionsstrategie. Die Bestrebungen dorthin sind aber unverkennbar, wie sich aus Äußerungen z.B. von Herold, Stümper oder Schäfer (1977), die auf eine kompetente Institution („Kriminalpräventiver Rat“) hinsteuern, ablesen läßt. Daß sich diese Präventionsbemühungen nicht nur gegen die sich in der Alltagskriminalität ausdrückenden Reaktion auf gesellschaftliche Mißverhältnisse richten, läßt sich sowohl an den eingangs zitierten Äußerungen Herolds und Stümpers wie auch an der Polizeientwicklung in der BRD (zusammenfassend Lessing/Liebel 1979a) zeigen. Einer der beiden Hauptstränge des Präventionsgedankens mit dem Ziel, die Kontrolle zu verbessern oder auszudehnen, läuft wie gesagt über die Vertrauenswerbung der Polizei bei der Bevölkerung (vgl. z.B. auch die Einführung des Kontaktbereichsbeamten) und speziell bei der Jugend. Da nur wenig Material darüber vorliegt, wie die Jugendpolizisten das Vertrauensverhältnis zu den Jugendlichen zur Informationsgewinnung oder zur Beeinflussung benutzen, kann kein direkter Beweis hierfür angetreten werden. Trotzdem ergeben die Einblicke in die tägliche Arbeit der Jugendpolizei bzw. ihrer Vorstufen, in Verbindung gebracht mit dem ebenfalls teilweise dargestellten Präventionsgedanken, eine Vorstellung von den eigentlichen Zielen der polizeilichen Jugendarbeit, unabhängig davon, wie der einzelne Polizist seine Tätigkeit sieht. Zudem darf nicht unterschätzt werden, welche Wirkung die

regelmäßige, quasi Allgegenwärtigkeit ausdrückende Anwesenheit eines Jugendpolizisten auf die Jugendlichen ausübt. Und welche Informationsfülle sich durch teilnehmende Beobachtung gewinnen läßt, weiß jeder Empiriker.

Über die gesellschaftlichen Konsequenzen der allgemeinen Einführung einer Jugendpolizei brauchen wohl keine Worte verloren zu werden. Denn es ist offensichtlich, wie es in einem Land um die Möglichkeit, gesellschaftliche Veränderungen von unten her in Gang zu setzen, bestellt ist, in der eine Polizei, die unter Prävention versteht, die Überwachung und Kontrolle auf immer breitere Personenkreise auszuweiten, in der eine Polizei, die mit einem sozialgestalterischen und gesellschaftssanitären Anspruch auftritt, sich anschickt, Einfluß auf die Entwicklung der Jugendlichen dieser Gesellschaft zu nehmen. Daher kommt dem Widerstand gegen die Einführung der Jugendpolizei-Konzepte eine große Bedeutung zu. Größere und kleinere Erfolge konnten in der Vergangenheit bereits erzielt werden.

Dies gilt für Frankfurt, Baden-Württemberg (Modellversuche in Stuttgart, Reutlingen und Freiburg) sowie Nordrhein-Westfalen. Durch Pressearbeit, Veranstaltungen, Flug- und Informationsschriften und ähnliches, die auch von Jugendlichen wesentlich mitgetragen wurden, konnte die reibungslose Einführung der Modelle verhindert werden (vgl. z.B. Hirsch 1979). In Frankfurt mußte das Konzept erst einmal zurückgezogen werden. In Köln erfolgte ebenfalls ein teilweiser Verzicht auf die Einführung des Jugendpolizisten. In Baden-Württemberg schließlich sollen die Jugendpolizisten vorläufig nicht mehr in die Jugendzentren gehen, sondern in den Revieren bleiben. In den Städten, in denen die Jugendpolizei schon länger existiert (in München seit 1971) oder langsam und stillschweigend vom Jugendschutz dort hingeführt wird (Hamburg und Bremen), regt sich allerdings kein nennenswerter Widerstand.

Als Reaktion der Polizei auf diese Entwicklung scheint sich abzuzeichnen, daß erst einmal Arbeitskreise oder andere formelle oder informelle Zusammentreffen der Polizei mit Sozialbehörden wie z.B. in Köln oder teilweise in Baden-Württemberg institutionalisiert werden. Diese haben neben Koordinierungsaufgaben die Funktion, aus der Sicht der Polizei notwendige Kontakte zu pflegen und dabei Vorurteile gegen die polizeiliche Jugendarbeit abzubauen. Die Bedeutung dieser Zusammenarbeit wird von der Polizei klar erkannt: „So ist die Lage: die Sozialbehörden existieren neben der Polizei und nicht mit der Polizei. Es werden weder die bei der Polizei vorhandenen einschlägigen Informationen an die Sozialbehörden weitergegeben noch werden durch die Sozialbehörden die Möglichkeiten der Polizeiorganisation zur Verbesserung der prophylaktischen

Effizienz genutzt“ (Schäfer 1977, S.436). Auf gleicher Ebene argumentiert Wehner-Davin, indem sie die Besorgnisse des Mannheimer Polizeipräsidenten referiert, daß sich das Verhältnis zwischen Jugendamt und Polizei zu einem 'Positionsbeziehen', 'Abgrenzen' und 'Auseinanderrücken' hin entwickelt habe und vielfach nur noch institutionelle Zusammenarbeit bleibe; unmittelbares Zusammenwirken und gemeinsames Vorgehen schwinde immer mehr. Weiter sagt sie selbst: „Die Jugendarbeit der Polizei aber war, ist und bleibt zur Sinnlosigkeit verurteilt, wenn sie nicht rundherum von entsprechenden Maßnahmen anderer Institutionen, insbesondere der Jugendämter ergänzt wird“ (Wehner-Davin 1977, S.306).

Anmerkungen

- (1) Ein vergleichbarer Ansatz findet sich bei Lessing/Liebel 1979a (ähnlich Dies. 1979b). Ausgehend von den Analysen von Funk und Werkentin, die die Hinwendung der Polizei zur stärker präventiven Arbeit in der Darstellung der Polizeigeschichte der BRD nachweisen, kommen sie zu ähnlichen Einsichten wie die hier dargestellten (vgl. auch ansatzweise Mekelburg 1979). Lessing und Liebel setzen sich auch ausführlicher mit der sozialpädagogischen Kritik an der Jugendpolizei auseinander. In diesem Aufsatz soll die Strategie, die hinter dem Jugendpolizei-Konzept steht, mittels Äußerungen von Polizeiführungskräften und Berichten von der praktischen Arbeit herausgearbeitet werden. Daher muß ich viel mit Zitaten arbeiten, wofür ich um Verständnis bitte, da diese mehr für sich sprechen, als es eine noch so gute Zusammenfassung kann.
- (2) Im Kapitel 3 werden die genannten Punkte mit Beispielen aus der Arbeit der Jugendpolizei belegt.
- (3) Über den Stand der Einführung der Jugendpolizei in den einzelnen Bundesländern informieren ausführlicher Lessing/Liebel 1979a und 1979b, Vermander 1978 und Wurm 1979.
- (4) Ähnlich wie in Hamburg dehnt der Jugendschutz in Bremen seine Tätigkeit mehr und mehr auf die Aufgaben des Jugendpolizisten aus. In beiden Stadtstaaten ist die kriminalpolizeiliche Ebene bereits vorhanden: in Hamburg in Form des „Fachkommissariats Jugenddienststelle“ bei den vier Polizeidirektionen und in Bremen als „Dienststelle Jugendschutz“ bei der Kriminalpolizei.
- (5) Das Kölner Stadtgebiet ist in 9 Schutzbereiche mit je ca. 100.000 Einwohnern aufgegliedert worden, für die je ein Jugendbeamter zuständig ist. Jeder Schutzbereich ist in mehrere Bezirke untergliedert, wobei jeder Jugendbeamte gleichzeitig für einen Bezirk als Bezirksbeamter zuständig ist (vgl. Der Spiegel, 11.12.1978, S. 76-78).

Literatur

- ARBEITSKREIS SOZIALE GRUPPENARBEIT. INITIATIVE „KEIN JUGENDPOLIZIST“ (JUPO), Stellungnahme zur Einführung des Jugendpolizisten in Baden-Württemberg, hektogr. Manusk., o.O.o.J.
- ARBEITSMATERIALIEN GEGEN DEN JUPO IN BADEN-WÜRTTEMBERG, hektogr. Manusk., o.O.o.J.
- BREITHAUPT, A., Zur Diskussion um die Einrichtung einer Institution „Jugendpolizei“ in Frankfurt am Main, in: Neue Praxis, 1977, H. 2, S. 172-175
- BROCKMANN, A.D./LIEBEL, M./RABATSCH, M. (Hg.), Jahrbuch der Sozialarbeit 3, Reinbek 1979
- CRUMMENERL, A., Wer im Knast sitzt, stiehlt nicht mehr, in: Sozialmagazin, 1979, H. 3, S. 23-25

FRANKFURTER RUNDSCHAU, 15.12.1976, S. 15
 HEROLD, H., Gesellschaftlicher Wandel – Chance der Polizei? in: Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 11, Hamburg 1973, S. 13-35
 HEROLD, H., „Verabschiedung durch den Präsidenten des Bundeskriminalamtes“, in: Polizei und Prävention. Arbeitstagung des BKA vom 3.11. bis 7.11.1975, Wiesbaden 1976, S. 187
 HEROLD, H., Krise des Sicherheitsgefühls, nicht der Sicherheitslage, in: Frankfurter Rundschau, 3.5.1979, S. 10
 HIRSCH, H., Initiative „Stop Jugendpolizei“. Ein Beispiel aus Köln, in: BROCKMANN/LIEBEL/RABATSCH 1979, S. 196-204
 HÜNECKE, F., Jugendsachbearbeiter bei der Kriminalpolizei, Schriftenreihe des BKA, 1966, Nr. 3
 LESSING, H./LIEBEL, M., Verpolizeilichung des Alltags und Pädagogisierung der Polizei, in: BROCKMANN/LIEBEL/RABATSCH 1979 (a), S. 225-253
 LESSING, H./LIEBEL, M., Polizeiliche Jugendarbeit in der Bundesrepublik, in: CILIP, 1979b, H. 4, S. 11-15
 LÜKEN, R./SCHMIDT, H., Polizeilicher Jugendschutz in Bremen - Modell der Bremer Schutzpolizei, in: Kriminalistik, 1976, H. 4, S. 161 f.
 MEKELBURG, H., Die Jugendpolizei, oder: Sozialarbeit im Spannungsfeld von Subkultur und sozialer Kontrolle, in: BROCKMANN/LIEBEL/RABATSCH 1979, S. 205-221
 SCHÄFER, H., Zwischenbehördliche Kriminalitätsprophylaxe, in: Kriminalistik, 1977, H. 10, S. 431-438
 SCHWARZ, H., Grundfragen der Inneren Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland 1975, in: Die Polizei, 1975, H. 1, S. 1-5
 SOZIALARBEITER AUS DER INITIATIVE ZUR WIEDEREINRICHTUNG DER FACHABTEILUNG SOZIALARBEIT IN DER ÖTV, Das Konzept ist gescheitert, was kommt jetzt? in: Sozialmagazin, 1977, H. 3, S. 51-57
 DER SPIEGEL, 13.12.1976 und 11.12.1978
 STÜMPER, A., Probleme der polizeilichen Führung in unserer Zeit, in: Die Polizei, 1975, H. 11, S. 365-370
 STÜMPER, A., Bekämpfung des Terrorismus – Problem unserer Zeit, in: Kriminalistik, 1977, H. 7, S. 314-316
 STÜMPER, A., Zur Zusammenarbeit der Polizei mit anderen Stellen bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität, in: Kriminalistik, 1978, H. 3, S. 104-106
 STÜMPER, A., Die Polizei auf dem Weg in das Jahr 2000, in: Kriminalistik, 1979, H. 6, S. 254-258
 STUTTGARTER ZEITUNG, 31.1.1979
 DIE TAGESZEITUNG, 17.5.1979, S. 6
 VERMANDER, E., Prävention durch Repression, in: Schriftenreihe der Polizei-Führungsakademie, 1978 H. 3, S. 208-211
 WEHNER-DAVIN, W., Polizei-Jugendclubs, in: Unsere Jugend, 1975, S. 218f.
 WEHNER-DAVIN, W., Theorie und Praxis der „Bearbeitung von Jugendsachen bei der Polizei“, in: Kriminalistik, 1977, H. 7, S. 302 ff.
 WURM, T., „... vierzehn Jupos um mich stehn“, in: Süddeutsche Zeitung, 2.7.1979, S. 3

Summary

In the discussion about Jugendpolizei (juvenile police) one important aspect has been neglected: one of the aims of this new model is to enter in, to influence and to control another part of the society. This essay shows, how Jugendpolizei tries to be trusted by juveniles and to get information about them. If it is impossible to prevent us from initiation of Jugendpolizei, once more social change will become more difficult in the FRG.

Februar 1980
 Hallerstraße 44, 2 Hamburg 13